

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Neudruck Dresden.
Verlagsnummer: 25 241.
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 28. Februar 1926 bei täglicher Zustellung ins Haus 1.50 Mark.
Postbezugspreis für Monat Februar 5 Mark ohne Postzustellungsgebühr.
Anzahl der Exemplare 10.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Belieben berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg. für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Gelegenheitsanzeigen ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., für 90 mm breite Reklamensätze 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Dienstgebühren 10 Pfg. Zusätzl. Gebühren gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 33/34.
Druck u. Verlag von Neudruck & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Druckmaschinen für Handel und Gewerbe
Schnelle Lieferung = Beste Ausführung
Buchdruckerei Neudruck & Reichardt
Fernsprechnummer 25241 — Marienstr. Nr. 33/34

Koffer
Einfach
Waffen-23

F. Hermann Beeg A.-G. Dresden-A.
Gesundheitstechnische Einrichtungen
Zentralheizungen - Kupferschmiederei

Der polnische Terror in Oberschlesien.

Das Martyrium des Bergingenieurs Lamprecht im Rattowitzer Gefängnis. Das Verlehen an den Gemein-Mörder Schulz. — Sturmjahren im Prager Parlament. — Das unzulängliche Pariser Finanzgesetz.

Bergingenieur Lamprecht ermordet?

Rattowitz, 16. Febr. Zu dem Märtyrertode des Bergingenieurs Lamprecht wird noch gemeldet: Der in seiner Wohnung ohne Angabe von Gründen am letzten Freitag verhaftete 62jährige Mann wurde am Montag früh in seiner Zelle tot aufgefunden. Erst sechs Stunden später wurde dem Sohne die Mitteilung gemacht, daß der Vater am Abend entlassen werden sollte. Es stellt dies eine Unverfrorenheit von polnischer Seite dar, die wohl einzig dasteht.

Bis jetzt ist nicht geklärt, ob Lamprecht eines natürlichen Todes gestorben ist, oder ob äußere Gewaltmittel seinen Tod herbeiführten haben.

Möglich ist, daß die Anklage der letzten Tage seinem Leben durch Herzschlag ein Ende gesetzt hat. Auffallend aber ist, daß polnischerseits gestern nachmittag sofort infolge des Todesfalls durch Extrablätter verkündet wurde, daß Lamprecht seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht habe. Diese Extrablätter sind eine gemeine Lüge, denn jeder, der den angesehenen deutschen Mann kannte, weiß, daß sein Tod allenfalls infolge feindlicher Anklagen eingetreten sein kann, daß er aber niemals freiwillig aus dem Leben geschieden wäre. Sein einziges „Verbrechen“ war, daß er sich immer als Deutscher bekannt hat. Nicht eine Spur belastendes Material ist gegen ihn zur Tage gefördert worden, obwohl auch gestern noch, also nach dem Tode, die polnische Kriminalpolizei seine Wohnung umstellt hatte, um auch noch der Witwe des Verstorbenen habhaft zu werden, die sich jedoch zeitig genug nach Neutben zu ihren Kindern in Sicherheit hatte bringen können.

Der Tod Lamprechts hat eine ungeheure Erregung bei allen Deutschen hervorgerufen, und man verlangt, daß sich unverzüglich die durch den Genfer Vertrag zuständige gemischte Kommission mit dem unerhörten brutalen Vorgehen der polnischen Polizei gegen die Anhänger des Deutschen Volksbundes beschäfftigt. Präsident Calonder ist rechtzeitig von seinem Urlaub aus der Schweiz zurückgekehrt, um unmittelbar Zeuge des großen Schlags gegen die Deutschen sein zu können. Die Aktion läßt immer klarer ihre wahren Gründe erkennen. Es geht um die Vernichtung der

deutschen Verbände und Gewerkschaften, vor allem um die Verschlagung des Deutschen Volksbundes, der Organisation, die durch den Genfer Vertrag ausdrücklich legalisiert worden ist.

Wie die Aktion angelegt ist, beweist das Vorgehen gegen die deutschen Gewerkschaften, bei denen ebenfalls Hausdurchsuchungen abgehalten werden. Alle Briefschaften, die aus Deutschland adressiert sind, sowie die gesamte gewerkschaftliche Korrespondenz mit den Berliner Zentralstellen ist beschlagnahmt worden. Dieses Verfahren ist ein platter Verstoß gegen das Genfer Abkommen, das den deutschen Gewerkschaften ausdrücklich den freien Verkehr mit ihrer Berliner Zentrale gewährleistet. Mit welcher Methode die Hausdurchsuchungen vorgenommen werden, zeigt die Tatsache, daß aus Privatwohnungen Kriegsbanden, Kunsthandwerkstätten, Orden aus den Kriegsjahren und ähnliches mit Beschlag belegt worden sind. Die Verhaftungen dauern weiter an. So wurde die Vorsitzende des Deutschen Arbeiter-Schülerverbandes im Kreis Pleß, Frau Leinhardt, ebenso ein früherer Beamter des Fürsten von Pleß, Smialka, verhaftet, da auch dieser zu den „Verführern“ gehören sollte. Man rechnet in den deutschen Kreisen bestimmt damit, daß sich nicht nur die deutschen Vertreter der gemischten Kommission der ganzen Angelegenheit energisch im Sinne der deutschen Minderheit annehmen werden, sondern daß auch das Reich entsprechend durch seinen Vertreter in Warschau die Rechte der Deutschen vertreten lassen wird.

Wehrkräftes Dank an Hindenburg.

Warschau, 16. Febr. Die Regierung der wehrkräftigen Volksrepublik sandte aus Wlask an den deutschen Reichspräsidenten und an die Reichsregierung folgendes Telegramm: „Am Dienstag vor 10 Jahren erklärte der ruhmreiche Oberbefehlshaber Ost, Generalfeldmarschall von Hindenburg durch einen Erlass die wehrkräftige Sprache und Schule für gleichberechtigt mit der deutschen, litauischen und polnischen Sprache und Schule im Gebiet Ostobotsk. Das 15-Millionenvolk der Wehrkräftigen gedenkt am heutigen Tage seines hochwürdigen Freundes und des befreundeten ganzen deutschen Volkes. (Z. U.)“

Sibt es in Frankreich einen Ruck nach rechts?

Also doch! Briand hat es wirklich in letzter Stunde durchgesetzt, daß die Finanzdebatte nicht ganz wie das Hornberger Schießen ausgeht. Nun herrscht einstweilen Stille nach dem Sturm und man kann sich die Trümmer ansehen, die auf der parteipolitischen Walfahrt zurückgelassen sind. Da muß man sagen, die Art, wie sich jetzt in Frankreich der Parlamentarismus in seiner ganzen Höhe und Unfähigkeit entpuppt hat, geht doch noch um einiges über das bei uns in Deutschland gewohnte Maß hinaus. Unsere Parteien fanden wenigstens die Entschlußkraft, die neuen Steuergesetze mit einer gewissen Großzügigkeit des Verfahrens unter Dach und Fach zu bringen. Die französische Kammer aber bemühte sich nun schon seit langen Wochen redlich, nichts zustande zu bringen, und fortwährend schwankte die Lage der Abstimmungen in verwirrender Weise hin und her. Briand hat den Parteien in eindringlicher Weise ins Gewissen geredet. Er holte alle Brüste der Überzeugung aus seinem Inneren hervor und schrie förmlich nach einer festen Weisheit. „Jeden Tag“, so sagte er, „zeigt man in der Presse dem Publikum ein unfähiges Parlament, das eine schwere Lage noch weiter erschwert. Jeden Tag ruft man der Regierung zu, daß sie diesem Treiben den Weg verperrt und die Lösung beschleunigen soll. Bisher hat die Regierung diesen Auseinandersetzungen die größte Freiheit gelassen. Wir müssen aber nun endlich an die Arbeit gehen, um positive Ergebnisse zu erzielen.“ Das hieß durch die Blume: die Kammer hat bisher nur Geschwätz gemacht. Briand selbst gab ein Beispiel von Entschlossenheit und Entgegenkommen, indem er zur allgemeinen Überraschung sich bereit erklärte, den Finanzentwurf des Ausschusses im Gegensatz zu der bis dahin von der Regierung eingenommenen Haltung als Grundlage der Erörterung anzuerkennen. Der Entwurf des Ausschusses legte den Hauptnachdruck auf die schärfere Anziehung der direkten Steuerschraube und baute sich dementsprechend auf drei Pfeilern auf: der Einführung der zwangsmäßigen Deklaration, der Umwandlung aller Inhaberverträge in Namenspapiere und der Reform des Erbrechtes zugunsten des Staates. Dieser dreifache scharfe Zugriff fiel aber nicht bloß auf die Rechten, sondern auch einem Teil der Linken allzu sehr auf die Nerven, weil die Steuerreform des französischen Publikums dabei die Mandatsgeißel schwang und mit stürmischer Wut bei den nächsten Wahlen drohte. So kam es, daß dem Entwurf die drei Eckpfeiler ausgebrochen wurden, und zwar mit Hilfe eines neuen Kartells, das sich aus der Rechten, der Mitte und dem größten Teil der Radikalen zusammensetzte, gegen Sozialisten, Kommunisten und den Rest der Radikalen. Nun schoben aber wieder die Sozialisten nach. Sie erklärten, daß sie den etwa vier Milliarden betragenden Ausfall an direkten Steuern keinesfalls durch ihre Zustimmung zu einer so bedeutenden Erhöhung der indirekten Steuern ausgleichen würden, und so war gleich wieder eine neue Krise da, weil auch die große Mitterand-Gruppe ein so unpopuläres Risiko nicht zu übernehmen wagte. Trotzdem warf Briand noch nicht die Platte ins Korn. Er gab seinen Willen kund, die fertige Vorlage erst noch an den Senat zu bringen; dann habe die Kammer sich noch einmal zu entscheiden, und dann werde das Kabinett klar sehen, ob die Verantwortung für die verfahrenen Lage auf andere Schultern gelegt werden müsse. Dieser letzte Schuß Pulver tat seine Wirkung, so daß schließlich doch noch eine Mehrheit sich auf den Entwurf vereinigte, mit dem sich nun der Senat zu beschäftigen haben wird.

Die Haltung Briands ist würdig, die der Kammer miserabel in höchster Potenz. Wenn dieser Wahnsinn wenigstens noch eine gewisse Methode erkennen ließe, so möchte man annehmen, daß beide Parteien, die Rechte sowohl wie die Linke, es darauf abgesehen hätten, die Dinge mit aller Gewalt auf die äußerste Spitze zu treiben, um so Raum zu schaffen für ein Ergebnis: entweder ein dauernder und ausgeglichener Ruck nach rechts oder eine sozialistisch-kommunistische Regierung, die höchstens mit einigen radikalen bürgerlichen Konzeptionschulden versehen ist; die Kommunisten arbeiten offen auf dieses Ziel hin und haben die Sozialisten zur Bildung einer Einheitsfront aufgefordert. Die Sozialisten haben aber kein Wort in den Knochen. Sie leiden seit den Wahlen von 1924 an der gleichen blaffen Verarmungsangst, wie ihre Gefinnungsgenossen bei uns, die ja auch sich mit Händen und Füßen gegen den Eintritt in die Große Koalition kräuterten, ohne Rücksicht darauf, daß sie dadurch dem parlamentarischen Prinzip einen Schlag ins Gesicht versetzten.

Explosion der Kammer Sitzung in Prag.

Beneš über die Frankenfälschungen.

Ein mitteleuropäischer Garantepakt mit Ungarn?

Prag, 16. Febr. In Beantwortung der Interpellation der Koalitionsparteien in der Angelegenheit der ungarischen Frankenfälschungen erklärte der Außenminister Dr. Beneš in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses auf den politischen Charakter der Affäre sowie auf ihren Zusammenhang mit den Fälschungen tschecho-slowakischer Noten in den Jahren 1919 bis 1921. Die gegenwärtige Frankenfälscheraffäre und deren Untersuchung habe auch diese Angelegenheit in neuem Lichte gezeigt. Daher habe die Regierung am 17. Januar um Erledigung ihrer unbeantwortet gebliebenen Notizen aus den Jahren 1922/23 erlucht. Die ungarische Regierung antwortete am 23. Januar, daß die angeordnete Untersuchung infolge mangels an Beweisen eingestellt wurde.

Dr. Beneš erklärte: Mit Rücksicht auf die neuen Umstände erwarten wir, daß die ungarische Regierung ohne äußeren Druck um die Erweiterung der Untersuchung und um die Anklage auch in unserer Aktion besorgt sein werde. Falls dies nicht erfolge, behalten wir uns unser Vorgehen vor. Die ungarische Regierung werde sicherlich begreifen, was sie uns, ihrem Prestige und der Rechtsordnung in ihrem Staat schuldig ist. Zur politischen Seite der ungarischen Fälscheraffäre bemerkt Dr. Beneš: Die in der Frankenfälscherangelegenheit zum Ausdruck gekommene Einstellung sei der Friedenspolitik gefährlich, da sie dem Einvernehmen Ungarns mit den Nachbarn hinderlich sei. Der Minister lehnte die Behauptung ab, daß es sich um keinen politischen Fall handle, und wandte sich gegen die Argumentation der Grafen Telecki und Apponyi, welche versuchten, die Angelegenheit auf den Frieden von Trianon zurückzuführen. In unseren Beziehungen zu Ungarn halten wir und werden wir die Friedenslinie einhalten, bereit, heute und morgen oder wenn immer, mit ihm

legenheit für das weitere Vorgehen ein internationales Forum, insbesondere zur Erreichung von Garantien, unabhängig von diesem Falle, gegen ähnliche Affären in der Zukunft.

Während der Rede Benešs kam es im Abgeordnetenhause zu

Sturmjahren der Opposition.

Seitens der kommunistischen Abgeordneten wurde die Anerkennung Sowjetrusslands gefordert. In dem ungeheuren Lärm konnte man kein Wort des Exposes des Außenministers verstehen. Die Opposition machte durch Pulver, Kanonen, Pfeifen und Trompeten die Verhandlungen unmöglich, nachdem sie zuvor die Beschuldigung der Parlamentswache aus dem Saale erzwungen hatte.

Vor der Rede Benešs war Ralaps (tschechischer Agrarier) mit 150 Stimmen zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt worden. Die deutschen Sozialdemokraten hatten während der Wahl den Saal verlassen. Der deutsche Vizepräsident Dr. Spina erhielt 150 Stimmen.

Stürmische Szenen in der Ungarischen Nationalversammlung.

Budapest, 16. Febr. Gleich zu Beginn der Sitzung der Nationalversammlung kam es zu einem kurzweiligen Aufruhr. Unter großem Lärm und durch Jurale minutenlang unterbrochen, erklärte der Ministerpräsident Graf Bethlen, daß er noch keine amtliche Mitteilung über den Anschlag auf den Abgeordneten Vaszsonyi besitze. Graf Bethlen wies die Anschuldringung zurück, die Regierung habe zu solchen Danksagen Anlaß gegeben. Auf die Aufforderung Szalosi, die Regierung möge ihren Platz verlassen, weil sie nicht geeignet sei, die Untersuchung in der Frankenfälschung unparteiisch durchzuführen, antwortete er mit der Erklärung, daß er seine Ehre allen Angriffen der anderen Seite gegenüber unbedingt verteidigen werde. Die Ausführungen des Ministerpräsidenten wurden von der Regierungsmehrheit mit stürmischem Gekläffeln begleitet.

Gegen den Abgeordneten Wilhelm Vaszsonyi hatten vor mittags zwei junge Leute ein Attentat verübt, das mißlang, weil die beiden Verdächtige von Vaszsonyi und seinem Chauffeur sowie von Passanten übermächtig wurden. Vaszsonyi nimmt in der Frankenfälscheraffäre den extremen Standpunkt ein.

einen mitteleuropäischen Garantepakt unter der Regie des Völkerbundes zu schließen und jederzeit Beweise dieses Willens zu geben. Wir wollen die Affäre nicht ausnützen. Wir werden uns nicht in sie einmischen. Wir wünschen nur deren unparteiische Untersuchung, die öffentliche Aufklärung und die Verurteilung der Schuldigen. Nach den Ergebnissen werden wir unser Vorgehen zur Sicherstellung der durch die Fälschung unserer Gelder bedrohten Interessen einrichten. Wir reservieren uns in dieser Ange-

18.2
19.0
20.0
21.0
22.0
23.0
24.0
25.0
26.0
27.0
28.0
29.0
30.0
31.0
32.0
33.0
34.0
35.0
36.0
37.0
38.0
39.0
40.0
41.0
42.0
43.0
44.0
45.0
46.0
47.0
48.0
49.0
50.0
51.0
52.0
53.0
54.0
55.0
56.0
57.0
58.0
59.0
60.0
61.0
62.0
63.0
64.0
65.0
66.0
67.0
68.0
69.0
70.0
71.0
72.0
73.0
74.0
75.0
76.0
77.0
78.0
79.0
80.0
81.0
82.0
83.0
84.0
85.0
86.0
87.0
88.0
89.0
90.0
91.0
92.0
93.0
94.0
95.0
96.0
97.0
98.0
99.0
100.0